

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/86

7. Mai 1975

Das Ziel sind gleichwertige Lebensbedingungen

Umfassende Analysen über die Situation der Städte und
Gemeinden als politische Entscheidungshilfen

Von Karl Ravens MdB

Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Seite 1 und 2 / 56 Zeilen

Rückschlag in Spanien für den Weg nach Europa

Nervöse Verbots-Reaktion gegen demokratische
Sozialisten

Von Bruno Friedrich MdB

Mitglied des SPD-Vorstandes und Außenpolitischer
Sprecher der SPD-Fraktion

Seite 3 / 25 Zeilen

Wie meistert man Konflikte und Krisen?

Englische und deutsche Parlamentarier zogen Bilanz

Von Dr. Helga Timm MdB

Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundes-
tagsfraktion

Seite 4 und 5 / 49 Zeilen

Auslandskommentar des SPD-Pressedienstes

Südostasien verdient unsere Hilfe

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB

Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Seite 6 und 7 / 64 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

DDR an Moskau: "Befreier, Freund, Genosse"

Seite 8 / 27 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 09 86 546 - 48 ppbnd

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 376611

Das Ziel sind gleichwertige Lebensbedingungen

Umfassende Analysen über die Situation der Städte und Gemeinden
als politische Entscheidungshilfen

Von Karl Ravens MdB

Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Mit dem Städtebaubericht 1975, dem Raumordnungsbericht 1974 und dem Bundesraumordnungsprogramm hat die Bundesregierung gleich ein ganzes Bündel der Arbeiten des Bundesbauministeriums in dieser Legislaturperiode verabschiedet, die alle eins zum Ziel haben: die Situation in unseren Städten und Gemeinden zu analysieren und entscheidend zu verbessern. Auf der sachlichen Grundlage dieser beiden Berichte werden hier künftig notwendige politische Entscheidungen zu treffen sein.

Der Städtebaubericht 1975 gibt einen kurzen Aufriß der Probleme und Aufgaben im Städtebau. In seinem ersten Teil wird die Entwicklung in besonders wichtigen Problembereichen analysiert. Kern des wohnungspolitischen Teils ist die Aussage, daß erstmals ein zahlenmäßiger Gleichstand zwischen Wohnungen und Haushaltungen erreicht werden konnte. Dies ist das Ergebnis einer seit Jahren betriebenen intensiven Förderung des Wohnungsbaus. Über die einfache Bedarfsdeckung hinaus ist aber auch die Qualität der Wohnungen entscheidend verbessert worden. Doch trotz dieser unbestreitbaren Erfolge ist die Wohnungsversorgung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen keineswegs voll gelöst. Zu diesen sozial benachteiligten Gruppen gehören alte Menschen, kinderreiche Familien, ausländische Arbeitnehmer und Behinderte. In einem neuen Konzept für den sozialen Wohnungsbau wird man solche Erkenntnisse berücksichtigen.

Neben Problemen der Wohnungsversorgung beschäftigt sich der Städtebaubericht mit den Fragen der Verkehrsentwicklung, des Umweltschutzes und den Auslastungsmöglichkeiten der sozialen Infrastruktur.

Der zweite Teil des Berichtes schildert die Auswirkungen und Erfahrungen mit den Maßnahmen, die die Bundesregierung in den letzten vier Jahren

im städtebaulichen Bereich ergriffen hat. Dazu gehört in erster Linie das 1971 in Kraft getretene Städtebauförderungsgesetz. Mit diesem für die Stadtentwicklung so wichtigen Gesetz sind durch Bundesfinanzhilfen städtebauliche Investitionen in Höhe von 2,715 Milliarden DM bewirkt worden. Neben der umfangreichen finanziellen Förderung ist mit dem Städtebauförderungsgesetz erstmals auch die Mitwirkung der Bürger am gemeindlichen Planungsprozeß sichergestellt worden. Die Erfahrungen mit dem Städtebauförderungsgesetz haben in der Novelle zum Bundesbaugesetz ihren Niederschlag gefunden.

Ergänzend zum Städtebaubericht, der sich mit der Situation innerhalb der Städte und Gemeinden befaßt, behandelt der Raumordnungsbericht die räumliche Entwicklung des gesamten Bundesgebietes, die Einflüsse internationaler Verflechtungen sowie die Auswirkungen raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen im Zeitraum 1972 bis 1974. Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, daß trotz der vielfältigen Maßnahmen der Bundesregierung nach wie vor erhebliche Unterschiede zwischen den schwach strukturierten Randgebieten und den Verdichtungsräumen in der Bundesrepublik bestehen. Dies läßt sich besonders gut mit den vorgelegten Zahlen über das regionale Gefälle, etwa bei den Lohn- und Gehaltssummen je Beschäftigten oder Beispielen aus dem Infra-Strukturbereich, u.a. also der Anzahl von Krankenhausbetten oder Kindergartenplätzen, demonstrieren.

Dieses unterschiedliche Entwicklungsstadium verschiedener Regionen ist allerdings in noch stärkerem Maße im europäischen Raum, bei unseren Partnern in der Europäischen Gemeinschaft anzutreffen. Unzureichende Erwerbsmöglichkeiten, geringe Qualität des Arbeitsmarktes, mangelnde Infrastruktur und fehlende Verkehrserschließung machen die Unterschiede in den Lebensbedingungen in der Hauptsache aus. Der Raumordnungsbericht gibt Aufschluß über die raumordnungspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung zum Abbau solcher Unterschiede. Das jetzt ebenfalls vom Bundeskabinett gebilligte Bundesraumordnungsprogramm, das dem Bund zur Verfügung stehende raumordnungspolitische Instrumentarium weiter ausbaut, verbessert die Voraussetzungen für diese Arbeit ganz entscheidend. (-/7.5.1975/ks/pr)

+ + +

Rückschlag in Spanien für den Weg nach Europa

Nervöse Verbots-Reaktion gegen demokratische Sozialisten

Von Bruno Friedrich MdB

Mitglied des SPD-Vorstandes und Außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

Die Entwicklung in Spanien kann Europa nicht gleichgültig sein. In Spanien und in der Europäischen Gemeinschaft erhoffen sich bedeutsame Kräfte eine Annäherung Spaniens an Europa, die Vorbedingung ist für die schrittweise Entfaltung demokratischer Parteistrukturen in Spanien.

In den letzten Monaten gab es ermutigende Anzeichen dafür, daß bis hinein in die gegenwärtige Regierung Spaniens die Notwendigkeit dieses Prozesses begriffen worden ist. Diese Hoffnungen haben nun einen Rückschlag erlitten. Die Verhaftungen zahlreicher Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens (PSOE) lassen Zweifel aufkommen, ob die politische Führung Spaniens den für einen Öffnungsprozeß zur Demokratie erforderlichen Mut besitzt, d.h. die Bereitschaft aufbringt, die Bildung demokratischer Parteistrukturen stillschweigend hinzunehmen. Je größer die Massenbasis dieser demokratischen Parteien, je eindeutiger die personelle Führung geklärt ist, je fester solche Strukturen organisiert sind, umso weniger labil wird sich der notwendige Übergang zu einer anderen, einer demokratischen Ordnung in Spanien vollziehen, die eine politische Annäherung an Europa ermöglicht.

Die Verurteilung der PSOE-Mitglieder zu hohen Geldstrafen wegen einer Gedenkfeier am Grab des Parteigründers der Sozialistischen Arbeiterpartei ist für Spaniens nervös gewordene Regierung kein Ruhmesblatt. Daß Spanien den Weg nach Europa durch Verbote der demokratischen Sozialisten kaum finden dürfte, sollte man in Madrid nüchtern, aber als unabänderlich vorgegebene Tatsache zur Kenntnis nehmen. Wer mit Europa zusammenarbeiten will, muß den demokratischen Sozialismus als die zukunfts-gestaltende Kraft der sozialen Demokratie in Europa akzeptieren. (-/7.5.1975/ks/ee)

+ + +

Wie meistert man Konflikte und Krisen ?

Englische und deutsche Parlamentarier zogen Bilanz

Von Dr. Helga Timm MdB

Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion

Wenn die Bundesrepublik erkältet ist, hat Großbritannien dann eine Grippe? Lassen sich mit solchem Bild die Unterschiede, aber auch gewisse Parallelen der wirtschaftlichen Probleme in den beiden Ländern einfangen? Parlamentarier aller Fraktionen aus Großbritannien und der Bundesrepublik erörterten dieser Tage im Hause der Rosenthal AG in Selb in intensivem, äußerst offen und unbefangenen geführtem Meinungsaustausch die Problematik, mit denen man sich in beiden Ländern konfrontiert sieht.

Inflationsraten von über 20 vH, steigende Arbeitslosigkeit, wachsende Exportschwierigkeiten bei immer geringer werdendem Wachstum des Sozialprodukts, viele Streiks und sinkende Einkommen - diese wenigen Daten zeichnen bereits die düstere Szene der britischen Wirtschaftslage. Kein Wunder, wenn die britischen Gäste zunächst meinten, die deutschen Parlamentarier würden voller Zufriedenheit die vergleichsweise so günstige Lage in der Bundesrepublik einhellig herausstellen. Umso erstaunter waren sie, am Ende festzustellen, daß es offenbar auch in dem "Paradies" Bundesrepublik erhebliche Probleme gibt. Denn aus den Darlegungen der SPD-Abgeordneten einerseits und denen der Vertreter der Opposition (in diesem Falle leider nur CSU) andererseits wurden die grundätzlich unterschiedlichen Auffassungen über die politische und wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik in aller, fast wahlkämpferisch nachdrückender Deutlichkeit offenbar. Die CSU-Vertreter

stimmten, die weltwirtschaftlichen Einflüsse auch auf die bundesdeutsche Konjunkturlandschaft mit Fleiß vernachlässigend, so pessimistische Töne an, als ob schon morgen die großen britischen Schwierigkeiten auch die unseren sein könnten.

Immer wieder fragten die Briten nach der Rolle der Gewerkschaften und ihrem Verhältnis zur Wirtschaft und zum Staat bei der in der Bundesrepublik relativ so erfolgreichen Meisterung sozialer und wirtschaftlicher Konflikte. Immer wieder suchten sie nach praktikablen Anregungen, um das, was sowohl Labour- als auch konservative Regierungen als "social contract" einführen wollten, entweder wieder beleben oder neu gestalten zu können. Es ist für britische Parlamentarier schon eindrucksvoll, wenn das Frühjahrsgutachten 1975 der deutschen Wirtschaftsinstitute feststellt: "Entscheidende Voraussetzung dafür, daß die expansive Wirtschaftspolitik Produktion und Beschäftigung anregt und nicht lediglich zu einer erneuten Verstärkung der Inflation führt, war das Einschwenken der Lohnpolitik auf einen Stabilisierungspfad. Die Tarifabschlüsse der diesjährigen Tarifrunde lassen Spielraum für eine Verbesserung der Unternehmensgewinne und erfüllen damit eine wichtige Bedingung für eine nachhaltige Belebung der Investitionsneigung."

All diese innen- und wirtschaftspolitischen Probleme werden in Großbritannien allerdings im Augenblick von der die Nation aufwühlenden Frage überhattet: Wird Großbritannien Mitglied des Gemeinsamen Marktes bleiben oder nicht? Politiker aller Schattierungen in der Bundesrepublik können nur hoffen, daß sich die jüngsten Ergebnisse britischer Meinungsumfragen, nach denen es bei der Volksabstimmung am 5. Juni eine klare Mehrheit für Europa geben wird, bestätigen. (-/7.5.1975/bgy/pr)

+ + +

Auslandkommentar des SPD-Pressedienstes

Südostasien verdient unsere Hilfe

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Wir müssen in der Bundesrepublik Deutschland endgültig die Vorstellung der sechziger Jahre über Indonesien zu den Akten legen. Präsident Sukarno ist tot und alles, was er der Regenbogenpresse und anderen an Sensationsberichten geliefert hatte, gehört längst der Vergangenheit an. Trotz aller Schwierigkeiten ist Indonesien dabei, Schritt für Schritt die Vergangenheit des wirtschaftlichen Chaos zu überwinden und sich der Zukunft eines Landes unter vernünftiger und an moderner Entwicklung orientierter Führung zuzuwenden.

Bei dem besonders starken Bevölkerungswachstum, einer ungleichgewichtigen Bevölkerungsverteilung und einer Wirtschaftsstruktur, die sich vorwiegend auf landwirtschaftliche Entwicklung und Rohstofferschließung stützt, kann niemand Wunder erwarten. Es ist aber durchaus richtig, daß das Land nicht zu jenen Ländern gehört, in denen man manchmal und voreilig von einem Faß ohne Boden spricht. Die entscheidenden Linien der Politik waren und sind:

1/ Indonesien, das das bevölkerungsreichste und potentiell reichste Land im Kreise der ASEAN-Staaten ist, legt stärkstes Gewicht auf die Notwendigkeit regionaler Zusammenarbeit. Es ist nicht zu unterschätzen, daß es dieser Politik bisher gelungen ist, innere Streitigkeiten zwischen den Ländern Südostasiens abzubauen und Konflikte zu beseitigen, die früher Schlagzeilen in der Weltpresse gemacht haben.

2/ Angesichts der jüngsten Ereignisse in Indochina stehen die ASEAN-Länder vor der schwierigen Aufgabe, sich auf kommunistische Regime im

Norden der Region einstellen zu müssen. Obwohl sie klug und Überlegt in der Öffentlichkeit reagiert haben, kommt in den Stellungnahmen zugleich zum Ausdruck, daß sie zur Abwehr der Gefahr verstärkter kommunistischer Infiltrationsversuche ihre Anstrengungen für die wirtschaftliche Entwicklung und die soziale Verbesserung ihrer Länder nachdrücklich verstärken wollen.

3/ Trotz der reduzierten Präsenz in dieser Region haben die USA - auch in der Vorstellung der ASEAN-Länder - weiterhin eine wichtige Rolle in Südostasien zu spielen. In allen Gesprächen ist deutlich geworden, daß von den USA auch im Wahljahr erwartet wird, daß sie die Aufgabe erfüllen, die einer Weltmacht zukommt.

4/ Von allen ASEAN-Staaten wird das Ziel verfolgt, mit den neuen Regimen in Kambodscha und Vietnam eine Basis künftiger Zusammenarbeit zu suchen und zu finden. Dabei ist jedoch nicht zu übersehen, daß noch keine Klarheit über das Ob und Wie einer solchen Zusammenarbeit besteht.

Wir können das Schicksal dieser Länder nicht entscheiden, aber unsere Hilfe, auf wirtschaftlichem, entwicklungspolitischen und kulturellem Gebiet kann viel zum Erfolg der Aufbauarbeit dieser Länder und damit Festigung ihrer inneren Stabilität beitragen.

Präsident Suharto hat deutlich gemacht, daß in den Entwicklungsbestrebungen seiner Regierung der Aufbauarbeit auf dem Gebiet der Landwirtschaft und damit der Hebung des Lebensstandards der großen Mehrheit der Bevölkerung entscheidendes, prioritäres Gewicht zukommt. Das ist auch im Sinne der deutschen Hilfe. Sein Wort, daß er Verständnis dafür habe, daß das deutsche Volk sehen wolle, wie seine Steuergelder verwendet werden, war ein gutes Wort. Wir haben es bisher in der Welt noch nicht oft gehört. Der Suharto-Regierung ist es in nunmehr zehnjähriger harter Arbeit gelungen, vor allem die wirtschaftlichen und auch sozialen Probleme, die sie von Sukarno zu übernehmen hatte, weitgehend zu überwinden - die Schatten, die auf den guten Namen Indonesiens gefallen waren, sind langsam gewichen. In ihren Gesprächen hat die Delegation des Bundestages, die in diesen Tagen das Land besuchte, zum Ausdruck gebracht, daß es im rechtverstandenen Interesse Indonesiens selbst ist, wenn es belastende Überreste aus der Zeit des Umsturzes zu beseitigen versteht.

Ein letztes Wort: In Südostasien wird jede zurückhaltende, aber tatkräftige Unterstützung beim Wiederaufbau in Vietnam und Kambodscha und bei der humanitären Hilfe für die dortige Bevölkerung begrüßt; sie ist Voraussetzung einer Politik des Ausgleichs und friedlicher Zusammenarbeit innerhalb der Region. Auch das Schicksal der aus Vietnam Geflüchteten kann und darf niemandem gleichgültig sein. Wir alle müssen im Schicksal dieser Länder und ihrer Menschen einen Anruf an unsere Hilfsbereitschaft gepaart mit vernünftiger Politik sehen. (-/7.5.1975/ks/pr)

(ASEAN = Association of South East Asian Nations)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

DDR an Moskau: "Befreier, Freund, Genosse"

Das SED-Zentralorgan "Neues Deutschland" veröffentlichte am 5. Mai 1975 eine neue Komposition von Paul Dessau zu einem Text von Karl Mickel "Als Gruß zum 30. Jahrestag unserer Befreiung vom Hitlerfaschismus durch die Sowjetunion". Das Lied mit dem Titel "Befreier, Freund, Genosse" hat folgenden Wortlaut:

"Das ist unsere Sache und Rede
Blut vom Blut der Revolution
Befreier
Freund
Genosse
Hoch lebe die Sowjetunion!

Aus unsern Trümmern zogen
Wir, was wir selbst zerstört
Das Krumme gradgebogen
Weil es uns nun gehört
Die roten Fahnen flogen
Die Menschen sind es wert

Das ist unsere Sache und Rede...

Wir wurden nicht zertreten
Wir werden nicht mißachtet
Gefordert, frei zu reden
Frei reden, doch durchdacht
Zum Bauen und zum Jäten
Gebrauchen wir die Macht

Das ist unsere Sache und Rede...

Uns ist der Plan geraten
Wir haben in der Hand
Zehntausend gute Taten
Die bessern unser Land
So schlingt um unsere Staaten
Der Mai des Friedens Band."

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller